

Haushaltsrede der CSU-Fraktion

Haushaltsplenums am 2. Dezember 2019

Stadtrat Georg Steiner, stellv. CSU-Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

der Haushalt 2020 ist nicht irgendein Haushalt. Wir stehen am Ende einer 6-jährigen Stadtratsperiode und wir blicken zurück auf 12 Jahre Jürgen Dupper. Der Aktionismus des Oberbürgermeisters zum Ende seiner Amtszeit ist unverkennbar. Unglaublich, was auf einmal – auch mit Unterstützung seiner Koalitionäre – noch alles auf die Agenda kam:

- ein Klimaschutzkonzept;
- Planungsmittel für die marode Feuerwehrhauptwache;
- ein Alkoholverbot am ZOB;
- die Wiederaufnahme der Planungen eines Fahrrad隧nells – der im kürzlich verabschiedeten Fahrradwegekonzept noch ein Schattendasein führte;
- die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans aus 2012! – plötzlich haben wir ein Verkehrsproblem! Ein Generalverkehrsplan wäre aber von Nöten – weil Passau keine Insel ist;
- heute noch eine längst überfällige Zulage für die Reinigungskräfte.

Aber das ist Methode: Das angebliche Planen, das Vorlegen von Konzepten heißt eben gar nichts. Wie viele Konzepte sind während dieser zwölf Jahre schon vorgelegt, verabschiedet und dann nicht umgesetzt worden?!

- Wir haben ein Stadtteilentwicklungskonzept – aber die Stadtteile werden immer desolater.
- Wir haben ein Seniorenkonzept – aber in Wirklichkeit geht es nur um Senioren PR – völlig deplatziert im Referat Wirtschaftsförderung.

Gar nicht auszuhalten, wenn man all die vergangenen Jahre so aktiv gewesen wäre. Aber diese Jahre waren geprägt von Unentschlossenheit, von Abwarten, vom Kleinreden und vom Verdrängen der Probleme – ob Verkehr, Stadtwerke, Stiftungen usw.

Ja! Wir haben Staus in allen Bereichen. Nicht nur beim Verkehr, sondern bei vielen Investitionen und Zukunftsprojekten steht Passau wortwörtlich und im übertragenen Sinne im Stau. Die vielen Ankündigungen, Konzepte und Themen, die seitens des Oberbürgermeisters in den letzten Wochen in die Medien und auch auf die Tagesordnung des Stadtrates gegeben worden sind, sind eine eindrucksvolle Bilanz des Unterlassenen und Unterlassens. Das gilt für den ökologischen Umbau der Stadt, die Fahrradwegeentwicklung, die Digitalisierung, die Investitionen bei den Feuerwehren oder die Umsetzung von Verkehrsprojekten und moderne Mobilität.

I. Im Einzelnen:

1. **Wir haben ein Verkehrsproblem.** Wieder sind sechs Jahre ins Land gezogen, ohne dass nennenswerte Verkehrsprojekte in Angriff genommen wurden. Man geht weder Brücken, Umfahrungen noch Tunnels an. Aber auch die smarten, die ökologischen Konzepte sind nur halbherzig bis gar nicht angegangen worden.

Die Stadt Passau sitzt im Dialogforum für die großräumige Verkehrsplanung in der Region Passau ohne einen Plan, wie die Ein- und Ausfahrtsprobleme an den Bundesstraßen sowie die Durchfahrung

Passaus gelöst werden können. Wir wissen alle zusammen, dass wir keine Nordtangente wollen. Aber es gibt keine Pläne für Alternativen. In Passau gab es noch nie so viele Bürgerinitiativen in Sachen Verkehr. Hier wäre Kompetenz, Engagement und Kreativität vorhanden. Aber die Stadt setzt sich mit all diesen Plänen nicht ernsthaft auseinander. Ein weiterer Brückenschlag über die Donau und die weiterführenden Straßen/Tunnels werden dringend erwartet. Aber man versucht, dieses Thema auszusitzen.

Und die kleinen Rädchen, die man dreht, bringen nur die halbe Wirkung oder neue Probleme. Die städtische Verkehrsplanung muss gestärkt werden. Bereits wiederholt kam es vor, dass wichtige Verkehrsprojekte, wie die Abbiegespur an der Franz Josef Strauß Brücke zur B 8 oder der neue Kreisverkehr an der Neuburger Straße, große Folgeprobleme verursachen, weil der ganzheitliche Ansatz fehlt.

Für Passaus Verkehrsprobleme braucht es Mut, Visionen, Koalitionen und Allianzen – im Stadtrat, mit dem Landkreis und unseren Nachbarn, mit den Vertretern von Land, Bund und Europa. All dies vermag Jürgen Dupper nicht auf den Weg zu bringen. Er sitzt auf der Halbinsel zwischen den zwei Flüssen und redet die Probleme klein. Ob Innstadt, Anger, Brücken, Ein- und Ausfahrten an den Bundesstraßen: 22 Stunden am Tag, so seine Rede, haben wir kein Verkehrsproblem. Das mag richtig sein. Dass aber die meisten der Verkehrsteilnehmer in den anderen 2 Stunden unterwegs sind, wird ignoriert.

Und noch eine Bemerkung: Der sicherlich größte Fehler war die Ablehnung des Beitritts zum Zweckverband Autobahnzubringer. Der Landkreis hatte alle goldenen Brücken gebaut – Stichwort Vetorecht Nordtangente – Aber wir bleiben beim Verkehr ein gallisches Dorf. In den täglichen Staus stehen ja nicht die städtischen Wähler. Das sind überwiegend die Landkreisbürger – und deshalb wahlstrategisch zu vernachlässigen.

Die CSU begrüßt, dass der Fahrradtunnel am Ilzdurchbruch neu bewertet wird. Anstatt sich auf längst vergangene Bürgerentscheide zurückzuziehen muss die Frage lauten: Wo sind neue Ansätze für Bürgerbeteiligung?

Es sollte uns aber zu denken geben, wenn im Fahrradwegekonzept darauf hingewiesen wird, dass der Fahrradklima-Test des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) aus dem Jahr 2018 für Passau eine Gesamtbewertung (Schulnoten) von 4,5 (2014: 4,1) und den Rangplatz 101 von 106 Kommunen ergeben hat. Vor Ort übt man sich aber in Selbstzufriedenheit und etwas „Straßenmalerei“. Viele Herausforderungen – wie integrierte Verkehre, Radverleih im öffentlichen Raum oder die Verbindung mit den Landkreisgemeinden – bleiben außen vor. Auch hier lägen viele Chancen, unsere Verkehrsprobleme zu entschärfen.

2. Ich komme zur Thematik **Wohnen und Arbeiten**. Hier strebt ja die Selbstzufriedenheit zu Höchstwerten. Höchste Beschäftigtenzahl, höchste Einwohnerzahl, sprudelnde Steuereinnahmen, viele Wohnprojekte – doch nur von privater Seite. Aber eine enorme Abwanderung in die Umlandgemeinden, weil wir viel zu wenig Gewerbeflächen und Möglichkeiten für Geschosswohnungsbau, aber auch für den Bau von Einfamilienhäusern anbieten können. Wir haben einen **Grundstücksstau!** Die städtische Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft verfügte bis vor kurzem weder über Wohn- noch über Gewerbe-Grundstücke. Die Bilanzen der WGP profitieren vom Verkauf der Grundstücke früherer Oberbürgermeister. Man hat versäumt, neue Flächen zu erwerben und zu entwickeln. Da sind Private viel schneller. Die Zusammenarbeit zwischen WGP, Liegenschaftsamt und Stadtplanung existiert so gut wie nicht mehr. Wir sind uns einig, dass Flächen für Logistiker nicht den Charakter ganzer Ortsteile – wie derzeit auf dem Siemens Gelände in Heining – verändern dürfen und die Stadt sehr wohl darauf achten soll, welchen Branchen man Priorität in der Unterstützung bei Gewerbeflächen einräumen soll. Aber einfach nicht zu reden, die Dinge laufen zu lassen – das bringt uns nicht weiter. Es gibt für potentielle Gewerbeflächen entlang der Autobahn keinen Plan.

Es kann auch nicht unsere Strategie sein, für Gewerbegebiete Wälder abzuholzen, wie das in Patriching beschlossen wurde. Aber hier war wohl mehr die finanzielle Unterstützung der notleidenden St. Johann Stiftung der Vater des Gedankens.

3. Klimakonzept: Das kürzlich vorgelegte Klimaschutzkonzept ist unambitioniert und eine Ansammlung von Unverbindlichkeiten. Wann beschließen wir – ähnlich dem Anschaffungsplan für Feuerwehrfahrzeuge – einen Umsetzungsplan für den Austausch der überalteten Heizungen in unseren Schulen und öffentlichen Gebäuden? Wie viele Schulen sind energetisch saniert und bei welchen Schulen steht das noch an – welchen Investitionsbedarf haben wir für die kommenden Jahre?

Wann werden Förderprogramme beantragt? Wer kümmert sich darum? Für erneuerbare Energien, für die Förderung von Fahrgemeinschaften, für Elektrobusse, für mehr energetische Sanierungen unserer WGP-Wohnungen? Anstelle von Heizungen mit dem Gas der Stadtwerke bleibt man bei Ofenheizungen mit entsprechender Feinstaubbelastung.

Man weist im Haushalt offiziell 1 Million Euro für Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes aus – die Hälfte der Mittel gehen in Maßnahmen, die mit und ohne Klimaschutzkonzept passieren würden – von LED-Umrüstungen bis zur Sanierung von Heizungsanlagen. Die andere Hälfte ist noch unverplant – weil man nicht wirklich ein Konzept hat, weil man sich keine messbaren Ziele zu setzen traut.

4. Straßen, Brücken, städtische Gebäude: Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, wird feststellen, dass viele Straßenbeläge sich in einem schlechten Zustand befinden. Wie sieht hier der kurz- und mittelfristige Investitionsbedarf aus? Nach den unangenehmen Erfahrungen mit den exorbitanten Steigerungen bei der Sanierung der Hängebrücke muss mehr denn je die Frage gestellt werden, welche Investitions-/Sanierungsfälle bei Brücken und Gebäuden in den kommenden Jahren auf die Stadt zukommen. Werden die Mittel für die Sanierung der Franz-Josef-Strauß-Brücke reichen? Wenn man nur mit dem bloßen Auge hinschaut, wird einem angst und bange.

5. Feuerwehrinfrastruktur: Eine Sanierung oder ein Neubau der Hauptfeuerwache scheint überfällig – nicht erst seit der letzten Sitzung des Finanzausschusses. Wie sieht es mit den Feuerwehrhäusern in den Stadtteilen aus? Der Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses in Heining stand 2019 bereits mit 1 Million Euro im Haushalt – es soll 2020 fertig werden. Es ist allenfalls das Grundstück erworben und der Plan fertig – die Bagger sind noch nicht angerollt.

6. Sporteinrichtungen: Zahlreiche Kunstrasenplätze können nicht darüber hinwegtäuschen, dass prominente Sportanlagen, wie das Stadion des 1. FC Passau oder die Sportanlage auf Oberhaus, systematisch vergammeln. Wie hoch ist hier der Investitionsbedarf?

Und auch für die Ertüchtigung der Eissporthalle gäbe es Mittel und Wege. Aber wer will, findet Möglichkeiten und wer nicht will, findet Gründe. Eine deutliche Verbesserung der Eislaufhalle bleibt für uns auf der Agenda!

7. Stadtwerke: Welcher Investitionsbedarf besteht im Bereich des Stromnetzes sowie der Gas- und Wasserleitungen? Es erfüllt uns mit Sorge, wenn die Stadtwerke wegen zu geringer Leitungskapazitäten den Wünschen von Kunden nicht nachkommen können. Wie gut ist die Stadt für die weiteren Entwicklungen im Bereich der e-mobility gerüstet? Sind wir in der Lage, mit unserem derzeitigen Netz alle Schiffsanlegestellen mit Stromversorgung vom Land auszustatten?

Die Stadtwerke sind vom einstigen Wunderwuzzi nun zum Problembären geworden. Schlechtere Rahmenbedingungen bei Strom, Wasser und Gas mögen die eine Seite sein. Unternehmerische Fehlentscheidungen und das Verdrängen von Problemen müssen genannt werden – etwa der Bau des Teleparkgebäudes statt des Ankaufs des OBAG-Geländes vom Landkreis bis zum Einstieg in die Holzenergie Jahrdorf. Den Bau des Peb aus dem Jahr 1999 heute noch als Begründung anzuführen, dass die Stadtwerke in Schieflage gekommen sind, zeigt, dass man die Problemsituation nicht wirklich erkannt hat. Es vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung wie bei Event und GGP – die Gesellschaften werden mit zu wenig Eigenkapital ausgestattet, sie werden von der Politik aber in dem, was sie reali-

sieren sollen, überfordert. Es wird mit den rund 3 Millionen Euro nicht getan sein, die wir nun im Rahmen eines Nachtragshaushaltes den Stadtwerken zur Verfügung stellen. Wir werden uns auf größere und laufende Zahlungen einstellen müssen – weit hinaus über die 1 Million Euro für einen verbesserten ÖPNV. Dazu braucht es aber ein überzeugendes Unternehmenskonzept und nicht das Verschweigen der wahren Situation, damit ja der vermeintlich große Haushälter Jürgen Dupper vor der Kommunalwahl keine Kratzer mehr bekommt

Die CSU-Fraktion gibt ein klares Bekenntnis zu unseren Stadtwerken und zu solidem Haushalten ab! Dieser nun einsetzende Klein-Klein-Aktionismus vom Verkauf von Liegenschaften bis zur Reduzierung des Fuhrparks wird aber die Stadtwerke nicht retten. Wir brauchen Ehrlichkeit, Realismus und Kompetenz in der Analyse und ein Sanierungskonzept. Es ist nicht Gott gegeben, dass es Stadtwerken in Zeiten wie diesen schlecht gehen muss – das zeigen andere Städte! Der Aufsichtsratsvorsitzende ist gefordert, endlich zu handeln! Sonst wird es für die Stadt noch richtig teuer!

8. Neubau/Umbau St. Johann: Hier dauert die Planung viel zu lange. Dies geht auf Kosten des Stiftungsvermögens der bürgerlichen Heilig Geist und der St. Johann Stiftung. Seit Jahren muss der laufende Betrieb auf Kosten des Stiftungsvermögens bezuschusst werden. Hier steht die gesamte Planung im Stau mit der Gefahr, dass die Stiftungsvermögen in absehbarer Zeit aufgezehrt sind. Seitens der CSU-Fraktion wurden deshalb die Haushaltsentwürfe für die beiden Seniorenstifte 2020 abgelehnt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die so hochgelobten Haushalte der vergangenen Jahre unter OB Dupper auf Kosten notwendiger Investitionen geplant wurden und dass Fehlentwicklungen, wie bei den Stadtwerken und bei den Stiftungen, die Stadt finanziell enorm fordern werden – unsere angeblich so tollen Rücklagen und Schuldenrückführungen lösen sich schlagartig in Nichts auf. Es ist absehbar, dass in den kommenden Jahren eine Lawine an unterlassenen Investitionen auf die Stadt zukommt.

Ein Antrag der CSU-Fraktion im Finanzausschuss, dass die zuständigen Mitarbeiter, die Betroffenen, die Experten dem Finanzausschuss über die kurz-, mittel- und langfristig anstehenden Investitionen berichten, wurde abgelehnt. Nur Bruchstückhaft konnte man sich in den Haushaltsberatungen ein Bild machen – wie beispielsweise im Kulturbereich, wo die Europabücherei in einem völlig maroden Gebäude untergebracht ist und für das Stadtarchiv längst eine neue Lösung ansteht – hoffen wir nur, dass aufgrund der problematischen räumlichen Situation kein größerer Schaden für die Archivbestände entsteht – von den unzureichenden Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter und für die Nutzer möchte ich gar nicht reden.

Hinter einigen dieses Staus könnte aber auch eine unzureichende Ausstattung unserer Verwaltung stecken. Rund 50 Millionen bereits in den Haushalten der früheren Jahre beschlossene Mittel einschließlich des Jahres 2019 sind nicht abgearbeitet. Dafür nur die gute Konjunktur und die hervorragend ausgelastete Bauwirtschaft verantwortlich zu machen, sind viel zu kurz gegriffen.

Es macht auch Sorge, dass es zunehmend zu enormen Kostensteigerungen (siehe Hängebrücke), Verzögerungen (siehe Aussichtsturm auf der Veste Oberhaus) kommt und anschließende Baumängel wie bei der Mehrfachturnhalle auch mit Planungsproblemen in Verbindung stehen. Hat unsere Bauverwaltung ausreichend Ressourcen. Wo wird das geprüft?

Dies ist ein Haushalt der Routine, des Selbstverständlichen, des Stillstandes – große, ambitionierte Projekte stehen nicht auf der Tagesordnung. Die Stadt wird als Ganzes verwaltet und in den Stadtteilen erkennen wir immer mehr Zerfallsprozesse – von den Straßen bis zur Infrastruktur.

Wir verlassen uns auf den Freistaat Bayern und den Bund – dort werden Passau – sozusagen „frei Haus“ die großen Projekte geliefert und die Probleme gelöst – den Abgeordneten sei Dank – namentlich Dr. Gerhard Waschler und unserem Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer!

- der Bau des neuen Polizeigebäudes – und nun auch noch des Bundespolizeigebäudes;
- der Neubau der Justizvollzugsanstalt in Rittsteig und
- die Erweiterung der Universität Passau.

Das Bekenntnis zur Entwicklung einer medizinischen Fakultät und die besonders hohe Förderung beim Hochwasserschutz – aber hier kommen wir viel zu langsam voran. Auch hier wäre ein Oberbürgermeister gefordert – zusammen mit den Abgeordneten in München vorstellig zu werden, um nicht zu sagen, dort lästig zu sein, um in der Prioritätenliste nicht weiter nach hinten zu fallen, um da und dort auch etwas großräumigere und alternative Varianten einzufordern, prüfen zu lassen. Wir brauchen zügig die Umsetzung des baulichen Hochwasserschutzes, wo dies für unser Stadtbild vertretbar ist und wir brauchen neue Herangehensweisen, wo dies unser Stadtbild unvertretbar verschandelt – in Hals und ich fürchte auch an der Innpromenade. Das dürfen wir nicht auf sich beruhen lassen!

Und noch ein Punkt, wo die Abgeordneten zwar unterstützen können, wo aber das Engagement des OB unumgänglich ist: Der Aufbau eines niederbayerischen Verwaltungsgerichtes in Passau – gerade im Umfeld auch unserer juristischen Fakultät wäre das eine wichtige Ergänzung.

II. Zukunft

Es mehren sich Bürgerinitiativen bis hin zu Bürgerbegehren – ob im Verkehrsbereich vom Anger über den Georgsbergtunnel bis zu Innstadt. Der lärmgeplagte Passauer Westen meldet sich zurecht immer stärker zu Wort.

Dahinter stecken zwei Probleme:

- Die Bürger werden zu wenig ernst genommen und unsere Instrumente der Bürgerbeteiligung sind so gut wie nicht vorhanden. Eine Sitzung des Passauer Stadtrates im Kleinen Rathaussaal, wo es um problematische Themen geht, macht per Raumwahl schon deutlich, dass nur wenige Zuschauer, Bürger erwünscht sind. Unser Livestream, der sofort wieder gelöscht wird, lässt wenig Dokumentation dessen zu, was wir hier alles diskutierten.

Alles ist auf den Oberbürgermeister zugeschnitten, der glaubt, mit täglicher Hofberichterstattung von der „kaiserlichen Hofbildstelle“ im OB-Büro und einer Wahlkampfturnee in Form von Bürgerversammlungen ist das alles zu machen.

- Passau braucht wieder mehr Mut, mehr Bereitschaft für Experimente und eine Kultur des Ermöglichens anstatt des Verhinderns. Wir brauchen mehr partizipative Prozesse in unserer Stadt. Da wird ein Peschl-Grundstück baureif gemacht und die Anwohner vom Schießstattweg bis zur Grünaustraße können zusehen, wie ihr Umfeld mit Verkehr geflutet wird, ohne dass auch nur irgendwelche Ansätze für die damit verbundenen Verkehrsprobleme diskutiert würden.

Als wir den Haushalt bereits im Finanzausschuss abgelehnt haben, kam vom Oberbürgermeister der Vorwurf, warum wir nicht mehr beantragt hätten. Wir blicken heute auf eine gesamte Stadtratsperiode zurück – und die CSU hat vieles beantragt. Aber der Oberbürgermeister kann Vieles verzögern, teuer rechnen kann und schlichtweg nicht engagiert weiter verfolgen. Ich nenne einige Beispiele:

Stadtentwicklung West – was wird aus unserem Bahngelände und aus der Racklau? Wollen wir weiter dazu beitragen, dass wertvollste Flächen in der Innenstadt entlang der Bahn sich zu Biotopen entwickeln? Man hat seitens der Stadtverwaltung lediglich bei der Bahn mal nachgefragt und das brachte kein Ergebnis (Sachbearbeiter fragt Sachbearbeiter!) – Engagement, das Brennen für etwas sieht anders aus.

Verkehrsprobleme – die Sperrung der B 12 für die Lkw's – der OB schreibt einen Brief an die zuständigen Minister. Auch hier ist viel mehr Engagement erforderlich, um das endlich durchzusetzen.

Der Kauf von Gewerbeflächen – ein Thema bei fast allen Haushaltsberatungen – man hat nichts gekauft, obwohl von privater Seite laufend Flächen gekauft und entwickelt werden. Wo ist unsere WGP, wo ist das Zusammenspiel mit der Stadtplanung? Die Verwaltung ist gelähmt, weil es für mutige Vorschläge am Rückhalt des OB fehlt.

Die Finanzpolitik darf in den kommenden Jahren sich nicht nur auf gute Steuereinnahmen verlassen, sondern muss zur Unterstützung unserer wichtigen Vorhaben auch mehr Fördergelder nach Passau holen. Dafür braucht es eigene Mitarbeiter, die auf die ausgeschriebenen Projekte angesetzt werden – wir werden weder Verkehr noch Klima noch Digitalisierung nur mit unseren eigenen Anstrengungen so verbessern, dass Passau wenigstens in einigen Bereichen zu einer Musterstadt werden kann. Bei Bürgermeister*innen von ÖDP und Grünen hätte man schon erwarten können, dass nicht nur laufend Mehrausgaben für die Stadtwerke beantragt werden – und dieses Unternehmen damit in Schieflage gebracht wird – sondern dass man sich in der Welt umsieht, was alles an interessanten Projekten und auch Mitteln nach Passau gebracht werden kann – das vermissen wir alles in diesem Haushalt.

Und Passau braucht mehr Vernetzung! All diese Defizite sind in diesem Haushalt nicht abgebildet. Unsere Verkehrsprobleme haben auch damit zu tun, dass man mit dem Landkreis nicht spricht. Die einen wollen ihre Nordtangente und planen daraufhin alle Straßenbaumaßnahmen. Wir wollen keine Nordtangente, planen aber auch keine Alternativen.

Es gibt nach wie vor keinen wirklichen ÖPNV-Verbund. Die Linien aus dem Landkreis haben nicht einmal die Berechtigung – so wie unsere Stadtbuslinien – sich eine grüne Welle an den Ampeln zu schalten. Allein die getrennte Lage der Omnibusbahnhöfe zeigt, wie weit wir noch von einem echten Verbund in diesem Bereich entfernt sind. Gemeinsame Tarife oder sogar die Verknüpfung mit der Bahn – da müssen wir hinkommen.

Wir brauchen eine intelligentere Nutzung der Strukturen: Die Musikschule bietet Seniorenarbeit an, das Referat Wirtschaft und Arbeit bietet ein eigenes Seniorenprogramm der Stadt an – warum machen wir das nicht in Zusammenarbeit mit der VHS unter Nutzung von EbFÖG-Mitteln – Geldern aus dem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz.

Was passiert in Passau im Bereich der Digitalisierung? Kürzlich war in Heining Bürgerversammlung. Unsere so hochgelobte, und durch die Telepark realisierte flächendeckende Breitbandversorgung war sehr in der Kritik. 30 Mbit/s reichen den Menschen nicht mehr. Sie wollen Filme sehen, die nicht ruckeln, sie wollen mehr Daten und schnellere Daten vom Netz haben. Die Digitalisierung kommt dank vieler Mittel des Freistaates auch in Passau nun voran. Aber wo ist die Stadtverwaltung im Netz? Welche Apps gibt es, die Teil einer bürgerfreundlichen Verwaltung sind? Wo ist eine ganzheitliche digitale Agenda für unsere Stadt?

Wie gestalten wir unseren Tourismus in der Zukunft, welche Perspektiven hat unsere Innenstadt? Wie oft werden wir im zuständigen Ausschuss mit kleinsten Details befasst – aber die großen Themen bleiben außen vor. Wie kann der Tourismus in unserer wunderschönen Innenstadt besser verteilt werden und wertschöpfungsorientierter gestaltet werden?

Wie kommen wir im Bereich der Barrierefreiheit in der Passauer Altstadt voran? Der Steinweg erhält nur ein paar kosmetische Aufhübschungen – die Aufenthaltsqualität, die Breite und die Pflasterung der Gehsteige und der Straße sind eine Katastrophe. Die Altstadt ist weder für Kinderwagen noch für Rollatoren geeignet. Und der Zugang vom Busparkplatz zum Domplatz ist für ältere Menschen eine Zumutung. Hier müssen Akzente gesetzt werden, anstatt die Kreuzfahrtschiffe zu beklagen – wollen wir eine Donau ohne Schiffe, wollen wir Schiffe ohne Menschen und ohne jegliche Belastungen – manchmal treiben die Bewahrungspantasien einiger Kollegen hier im Stadtrat schon merkwürdige Blüten.

Auf einige Positionen, die meine und unsere volle Zustimmung finden, möchte ich hinweisen:

Dazu gehört der Einstieg in ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept. Das muss aber mehr werden, als das bisherige Stadtteilentwicklungskonzept, das seit 2010 in den Schubladen der Stadtverwaltung verstaubt.

Wie sagte Jürgen Dupper bei seiner Rede zur Ablehnung des Zankl-Haushaltes 2008 – ich zitiere aus der Passauer Neuen Presse vom 6. November 2007:

„Die Zukunft unserer Stadt liegt sicher nicht in der Neuen Mitte. Wir müssen unsere Stadt wieder positionieren und in offenen Prozessen und offenen Dialogen nach Lösungen suchen. Wir brauchen Antworten auf Verkehrsprobleme, wir brauchen Antworten auf soziale Probleme in unserer Stadt. All diese Antworten sucht man vergeblich in diesem Haushalt. Ich vermisse Impulse.“

Das ist die Blaupause für meine Haushaltsrede zum Dupper'schen Haushalt 2020 – dieser Haushalt wurde damals von SPD, ÖDP und Grünen abgelehnt – nur zur Erinnerung, sollte es da heute Beschwerden zu unserem Abstimmungsverhalten geben.

Nachdem die Verabschiedung des Haushaltes traditionell in den Advent fällt – ein großes Kompliment dafür an unsere Kämmerei, dass dieser Terminplan nicht nur eingehalten wird, sondern wir das Gefühl haben, dass das gesamte Zahlenwerk solide vorbereitet ist – möchte ich an uns alle auch noch einige grundsätzliche Worte richten.

III. Diese Adventszeit veranlasst mich bei aller sachlichen und politischen Auseinandersetzung ein paar Gedanken an den Schluss zu stellen, die wir uns quer durch alle Fraktionen machen sollten:

Ich habe im Zuge der Recherche für meine Haushaltsrede in unserem Ratsinformationssystem viel recherchiert – wie viele Anträge, welche Personen tauchen in den Sitzungsprotokollen und sonstigen Unterlagen öfter, weniger oft auf usw.

Und wir brauchen uns – quer durch alle Fraktionen – vorm Wähler nicht zu verstecken. Das Engagement für unsere Stadt eint uns und wir sollten vorsichtiger sein mit unqualifizierten Unterstellungen, dass jemand mal nicht da war, nicht informiert ist etc. Es ist ein Wettbewerb der Ideen, es sind unterschiedliche Persönlichkeiten und Konzepte hier vertreten. Aber keinem würde ich unterstellen, dass er unfähig, faul ist oder seine Aufgabe nicht ernst nimmt. Da dürfen wir uns die Arbeit im Stadtrat nicht schlecht reden – weil auch kein Grund dafür besteht. Wir müssen aufpassen, dass wir das ohnehin angekratzte und teilweise miserable Image der Politik und deren Vertreter nicht noch zusätzlich negativ befeuern.

Politik ist Auseinandersetzung, das sind verschiedene Standpunkte und Herangehensweisen – und der Wähler entscheidet alle sechs Jahre was ihn überzeugt hat und wen er weitere sechs Jahre mit der Lenkung und Gestaltung unserer Stadt betraut.

Und noch eins: Wir müssen die Stigmatisierung der Politik beenden. Dass wir laufend Nutzungsbedingungen für städtische Einrichtungen verabschieden, die politische Parteien und Gruppierungen zu Aussätzigen erklären, ist nicht gut. Nur weil es von Zeit zu Zeit immer wieder mal ein paar extremere Gruppierungen gibt, dürfen wir uns nicht als Gesamtes ausgrenzen. Die Parteien und die politischen Gruppierungen sind ausdrücklich von unseren Verfassungsbestimmungen dafür vorgesehen, die politische Willensbildung und die politischen Prozesse zu gestalten. Warum sie von öffentlichen Räumen mittlerweile weitgehend ausgeschlossen sind, warum öffentliche Körperschaften wie Kammern sechs Monate vor einer Wahl mit politischen Vertretern keine Gespräche mehr führen dürfen – das erschließt sich mir nicht.

Was mich aber auch mit Sorge erfüllt, dass in unserer Stadt eine gewisse Angst umgeht, dass unser Oberbürgermeister nichts vergisst und ewige Verdammnis droht, wenn man sich in Wahlzeiten auf die falsche Seite stellt – das erfahre ich momentan bei verschiedenen Gesprächen. Und deshalb sei auch darauf hingewiesen: Wer immer diese Wahl gewinnt – alle Bürgerinnen und Bürger und alle Institutionen müssen die Gewissheit haben, auch künftig fair und gerecht mit ihren Anliegen behandelt zu werden. Ich für meinen Teil garantiere dafür!

Ich komme aber auch zurück auf meine Rede, die ich 2015 anlässlich der Verabschiedung der Geschäftsordnung für den Stadtrat hier vorgetragen habe. Sie ist aktueller denn je. Ich habe mich damals mit der Kultur, mit dem Verhältnis zwischen Oberbürgermeister und Stadtrat auseinandergesetzt. Auch das ist im Haushalt nicht abgebildet, ist aber für unsere Arbeit entscheidend.

Die Balance zwischen dem Stadtrat und dem OB ist in totaler Schiefelage. Wie man seitens des OB mit dem Stadtrat umgeht, erzeugt Frust, schlechte Stimmung und lässt die Wertschätzung seitens des OB sehr vermissen. Ein scheinbar übermächtiges OB-Büro kontrolliert nicht nur alles – es ist auch das ausschließliche Kommunikationsorgan gegenüber den Medien. Wie oft kommt es vor, dass bereits vorab in der Zeitung steht, was wir zu entscheiden haben. Wie selten kommt es vor, dass bei Veranstaltungen der Stadt auch auf die Stadträte ein paar Sonnenstrahlen fallen. Alles ist zur One-Man-Show geworden. „Die Stadt bin ich“, so stellt sich für viele die Balance zwischen OB und Stadtrat dar. Ich möchte das ausdrücklich kritisieren und hier einen Kurswechsel anmahnen. Es geht nicht nur um mehr und neue Formen der Bürgerbeteiligung. Es geht auch darum, seitens des OB mit dem Stadtrat wertschätzender und kooperativer umzugehen. Das geht von der Art, Anfragen zu beantworten, wo sich immer mehr eine mündliche, unverbindliche Form breit macht – ohne dass diese Auskünfte auch protokolliert werden – bis zur Zahl der Sitzungen und der Punkte, mit denen sich der Stadtrat beschäftigen darf. Je weniger man seitens des Stadtrates dem OB dreinreden kann, umso lieber ist es ihm.

Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Stadtratsperiode ab. Der CSU kann man ganz sicher nicht den Vorwurf machen, wir hätten uns nicht konstruktiv eingebracht – von der Zustimmung und Mitgestaltung der Haushalte in den letzten Jahren bis zum Engagement unserer Abgeordneten auf allen Ebenen.

Ich danke ausdrücklich der Verwaltung, speziell der Kämmerei, Herbert Denk mit seinen Mitarbeitern für die gute Vorbereitung des Haushaltes.

Die CSU-Stadtratsfraktion wird aber diesen Haushalt ablehnen! Mit unserer Ablehnung des Haushaltes 2020 wollen wir nicht nur die fehlenden Perspektiven kritisieren, sondern auch den Stil, den Umgang des Oberbürgermeisters mit dem Stadtrat. Passau kann mehr und in der Verwaltung steckt sehr viel Kompetenz und Kreativität – dies gilt es wieder zur vollen Entfaltung zu bringen!

Vielen Dank.

[Es gilt das gesprochene Wort.]